Ks 104 Js 668/25 Sich

In dem Strafverfahren gegen E. O.

wegen Mordes u.a.

Verfügung

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der ab dem 16.10.2025 beginnenden Hauptverhandlung wird gemäß § 176 GVG angeordnet:

1. Hauptverhandlungstermine, Sitzungssaal

Die Hauptverhandlung beginnt am 16.10.2025 um 9.00 Uhr und findet an allen Tagen im Sitzungssaal 168 des Landgerichts Aschaffenburg, Erthalstraße 3 statt. Fortsetzungstermine sind bestimmt auf den 17.10.2025, 23.10.2025, 28.10.2025, 29.10.2025 und 30.10.2025, jeweils 9.00 Uhr. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich (§ 169 Abs. 1 Satz 1 GVG).

2. Zutritt zum Sitzungssaal

Im Sitzungssaal stehen insgesamt 84 Plätze für Zuschauer und Medienvertreter zur Verfügung. Zuhörer haben Zutritt zum Sitzungssaal, soweit Sitzplätze im Publikumbereich vorhanden sind.

40 besonders gekennzeichnete Sitzplätze in den vorderen Reihen sind nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen für Medienvertreter reserviert, wobei die Anzahl der für Medienvertreter reservierten Plätze nach dem durchgeführten Voranmeldeverfahren voraussichtlich ausreichend sein wird.

Jedes Medienunternehmen kann nur einen der für Pressevertreter reservierten Sitzplätze beanspruchen.

Photographen oder Kamaraleute, die lediglich Aufnahmen/Bilder vor Sitzungsbeginn fertigen, aber im Anschluss keinen Sitzplatz beanspruchen, wird bei Vorlage des Presseausweises Zugang zu dem im Zuschauerraum des Sitzungssaals reservierten Bereich für Photographen/Kameraleute gewährt. Nach Sitzungsbeginn haben diese Personen sodann den Sitzungssaal zu verlassen.

Zuhörer werden in der Reihenfolge ihrer Ankunft vor dem Sitzungssaal bzw. der dortigen Zugangskontrolle eingelassen. Es dürfen nur so viele Zuschauer eingelassen werden, wie Sitzplätze vorhanden sind. Ein Sitzplatz darf nicht mit zwei Zuhörern besetzt werden. Frei werdende Sitzplätze sind unverzüglich weiteren Zuhörern zur Verfügung zu stellen, die noch Einlass begehren.

Medienvertreter, die nicht in dem für sie reservierten Bereich Platz gefunden haben, werden wie Zuhörer eingelassen.

Zuhörer werden in den für Medienvertreter reservierten Bereich eingelassen, falls dort zu Beginn der Hauptverhandlung weniger Medienvertreter Einlass begehrt haben als Plätze vorhanden sind.

Ein frei werdender Sitzplatz kann neu belegt werden. Reservierungen jeder Art sind nicht statthaft.

Personen, die keinen Sitzplatz gefunden haben, müssen den Sitzungssaal vor Beginn der Hauptverhandlung verlassen.

Für den Ordnungsdienst im Sitzungssaal sind besonders gekennzeichnete Plätze freizuhalten.

Der Sitzungssaal wird am ersten und am letzten Sitzungstag für Medienvertreter 60 Minuten vor Sitzungsbeginn, für die übrigen Zuhörer 45 Minuten vor Sitzungsbeginn geöffnet. An den übrigen Sitzungstagen wird der Sitzungssaal für alle Zuhörer 30 Minuten vor Beginn der Hauptverhandlung geöffnet.

Nach Ende eines Sitzungstages ist der Sitzungssaal unverzüglich zu verlassen.

3. Zugangskontrolle und Sicherheitsbereich

Im Foyer vor dem Schwurgerichtssaal 168 im 1. Obergeschoss des Gerichtsgebäudes wird ein abgesperrter Sicherheitsbereich eingerichtet. Dort wird eine Zugangskontrolle für Zuhörer, Medienvertreter und Zeugen, einschließlich der Nebenkläger, sowie Dolmetscher nach Maßgabe der folgenden Regelungen angeordnet.

Diese Zugangskontrolle gilt nicht für Staatsanwälte, Verteidiger, Nebenklägervertreter und Sachverständige, welche den Sitzungssaal durch den für die Beteiligten vorgesehenen Zugang zu betreten haben. Entsprechende Ausweise zur Legitimation sind von den vorgenannten Personen gegebenenfalls vorzulegen.

a) Die oben genannten, der Zugangskontrolle unterliegenden Personen haben sich einer Ausweiskontrolle zu unterziehen. Es ist von allen genannten Personen bei der Einlasskontrolle ein gültiger amtlicher Lichtbildausweis (z.B. Personalausweis oder Reisepass), von ausländischen Staatsangehörigen ein entsprechendes gültiges Ausweisdokument mit Lichtbild vorzulegen.

b) Medienvertreter müssen sich zusätzlich durch einen gültigen Presseausweis oder einen sonstigen Nachweis über ihre Eigenschaft als Journalist legitimieren.

c) Allen Personen, die Zutritt zum Sitzungssaal haben, ist - mit Ausnahme des Ordnungsdienstes - das Mitführen von Waffen im technischen und nichttechnischen Sinne sowie von Gegenständen, die geeignet sind, zur Störung der Hauptverhandlung verwendet zu werden (insbesondere zum Schlagen und Werfen geeignete Gegenstände, auch Flaschen und Dosen) untersagt. Ebenso untersagt ist das Mitführen von Transparenten sowie von Taschen, Beuteln, Tüten und sonstigen Behältnissen. Letzteres gilt nicht für Medienvertreter/Journalisten in Bezug auf Behältnisse, in denen deren technische Ausrüstung transportiert wird.

d) Zuhörerinnen und Zuhörern ist das Mitführen von Mobiltelefonen, Laptops, Tablets, Foto-, Film- und Tonbandaufnahmegeräten sowie vergleichbaren Geräten untersagt. Dies gilt nicht für Medienvertreterinnen und Medienvertreter sowie Dolmetscher und Nebenkläger. Diese dürfen jedoch im Sitzungssaal mobile Computer, Handys etc. ausschließlich im Offline-Modus benutzen. Das Telefonieren, das Online-Versenden von Nachrichten, das Abrufen von Daten sowie jegliche Nutzung des Internets im bzw. aus dem Sitzungssaal sind nicht gestattet. Sofern Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Nutzung internetfähiger Endgeräte bestehen oder zu besorgen ist, behält sich der Vorsitzende aus Gründen der Funktionstüchtigkeit der Rechtspflege weitere Einschränkungen vor.

e) Gegenstände, deren Mitnahme in den Sitzungssaal untersagt ist, müssen unter Ausschluss der Haftung an der Eingangskontrolle hinterlegt werden.

f) Alle Personen, die der Zugangskontrolle unterliegen, haben sich einer Durchsuchung ihrer Person zu unterziehen. Die Durchsuchungen sind mittels eines Metalldetektors oder sonstiger geeigneter Geräte, durch Abtasten der Kleidung und Überprüfung des auf Aufforderung vorzulegenden Inhalts der Kleidung vorzunehmen.

g) Vor der Versagung des Zutritts einer Person oder soweit eine zu durchsuchende

Person die Durchsuchung oder die Hinterlegung von Gegenständen verweigert, ist der Vorsitzende zu informieren.

4. Regelungen für Medienvertreter

- a) Ton-, Film- und Bildaufnahmen sind nur ausgewiesenen Medienunternehmen und nur bis zum Beginn der Hauptverhandlung und nur im Bereich des Gerichtssaales vom Sitzplatz oder einem im Zuschauerbereich besonders ausgewiesenen Bereich aus gestattet. Außerhalb dieses Bereichs, insbesondere im eingerichteten Sicherheitsbereich und im sonstigen Gerichtsgebäude, sind derartige Aufnahmen grundsätzlich untersagt. Ausnahmen können nach vorheriger Anmeldung durch die vom Vorsitzenden ermächtigte Pressesprecherin zugelassen werden.
- b) Der Aufenthalt von Medienvertretern in dem für die Beteiligten abgesperrten Bereich zur Anfertigung von Aufnahmen ist nicht gestattet.
- c) Vom Aufruf der Sache an sowie auf Hinweis des Vorsitzenden sind sämtliche Bild-, Ton- und Filmaufnahmen sofort einzustellen. Im Übrigen ist den Anweisungen der Pressesprecherin des Landgerichts Aschaffenburg in Bezug auf Aufnahmen Folge zu leisten.
- d) Bei der Anfertigung von Film-, Ton- und Bildaufnahmen sind die Persönlichkeitsrechte der anwesenden Personen zu wahren, insoweit gelten insbesondere die Bestimmungen des Presse- und des Kunsturheberrechtes. Bild- und Filmaufnahmen von Zeugen sind so zu gestalten, dass eine Identifizierung nicht möglich ist, es sei denn, es wurde von ihnen ausdrücklich das Einverständnis mit einer abweichenden Verfahrensweise erklärt. Im Übrigen sind die Persönlichkeitsrechte der Prozessbeteiligten, insbesondere des Beschuldigten und der Zeugen, in eigener Verantwortung zu wahren.
- e) Mit Bild-, Film- oder Tonaufzeichnungen der Kammer sowie der Protokollführer außerhalb des Sitzungssaals besteht kein Einverständnis.
- f) Im 1. Obergeschoss des Gerichtsgebäudes wird für Medienvertreter ein gesondert ausgewiesener Arbeitsraum eingerichtet.
- g) Es wird darauf hingewiesen, dass, insbesondere aufgrund von Baumaßnahmen im Gerichtsgebäude, für Übertragungsfahrzeuge keine Standplätze zur Verfügung gestellt werden können.

Dr. Krebs
Vorsitzender Richter am Landgericht